

INHALT

- | | |
|---|--|
| 22. Volksbefragungen in Gemeinden – zulässige Fragestellungen | 25. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2015 |
| 23. Bewirtschaftungsempfehlungen für die Holznutzung bei atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften | 26. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2015 |
| 24. Formblatt zum Verbot einer Datenverwendung, datenschutzrechtliche Beurteilung | <i>Verbraucherpreisindex für April 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

22.

Volksbefragungen in Gemeinden – zulässige Fragestellungen

Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass nicht jede Angelegenheit, die die Gemeinde betrifft oder die die Gemeindebewohner beschäftigt, zum Gegenstand einer Volksbefragung nach den §§ 61 ff der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGB. Nr. 36 (TGO) gemacht werden kann.

Eine Volksbefragung darf grundsätzlich nur in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde durchgeführt werden, wobei die Wahlen zu den Organen der Gemeinde, die Gemeindeabgaben und die Begründung oder Beendigung von Dienst- und Ausbildungsverhältnissen keiner Befragung unterzogen werden können (siehe § 61 Abs. 1 TGO).

Aufgrund dieser Einschränkungen bilden daher – neben der Erlassung von ortspolizeilichen Verordnungen – in der Praxis Angelegenheiten der Privatwirtschaftsverwaltung, wie beispielsweise der Bau von gemeindeeigenen Einrichtungen, den Hauptanwendungsfall für Volksbefragungen auf Gemeindeebene.

Ein Bauvorhaben kann aber nur dann eine Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde sein, wenn die Gemeinde als Bauherrin auftritt und letztlich autonom darüber entscheiden kann, ob und in welcher Form das in Rede stehende Vorhaben letztlich umgesetzt wird.

Handelt es sich hingegen beim fraglichen Bauprojekt beispielsweise um ein privates Vorhaben oder um ein Vor-

haben anderer Gebietskörperschaften (Bund, Land), so kann der Bau an sich nicht Gegenstand einer Volksbefragung nach der TGO sein, weil dieser in einem solchen Fall eben nicht in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fällt. Nur dann, wenn ein Konnex zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gegeben ist, ist es theoretisch denkbar, allenfalls gemeindeautonom zu entscheidende Fragen einer Volksbefragung zu unterziehen, wobei diesfalls nicht der eigentliche Bau, sondern damit zusammenhängende Aspekte, die in die Gemeindeautonomie fallen, abgefragt werden können. Sind beispielsweise für ein Bauprojekt des Landes auch Grundabtretungen der Gemeinde erforderlich, so könnte die Entscheidung darüber einer Volksbefragung unterzogen werden. Die Frage hätte sich demnach auf das Thema Grundabtretung zu beschränken und sinngemäß zu lauten: „Soll die Gemeinde für das auf Gemeindegelände geplante Bauprojekt des Bundes gemeindeeigene Grundstücke abtreten?“

Ebenfalls könnte abgefragt werden, ob sich die Gemeinde in einem Behördenfahren, in dem sie allenfalls Parteistellung hat oder ihr ein Stellungnahmerecht zukommt, für oder gegen das geplante Vorhaben aussprechen soll.

Zu beachten ist stets, dass die der Volksbefragung zugrunde zu legende Frage derart zu formulieren ist, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann (vgl. § 60 Abs. 3 TGO) und dass Fragestellungen, mit denen versucht wird, die Antwort in eine bestimmte Richtung zu lenken, unzulässig sind (VfSlg. 15.816, 16.021).

Anträge von Stimmberechtigten, die tendenziöse Fragen oder Fragen, die keine Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches im beschriebenen Sinn betreffen, zum Inhalt haben, sind vom Bürgermeister nach § 62 Abs. 2 TGO innerhalb von zwei Wochen mit schriftlichem Bescheid abzuweisen.

Beschließt der Gemeinderat die Durchführung einer Volksbefragung, die nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht, so hat die Landesregierung deren Ausschreibung, die rechtlich als Verordnung zu qualifizieren ist (VfSlg. 15.816), im Rahmen eines Verfahrens nach § 122 TGO aufzuheben.

23.

Bewirtschaftungsempfehlungen für die Holznutzung bei atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften

Bewirtschaftungsbeitrag

Nach § 36h TFLG 1996 hat die Agrargemeinschaft die Ausübbarkeit der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte durch die Nutzungsberechtigten zu gewährleisten. Der Substanzverwalter hat zu diesem Zweck insbesondere sicherzustellen, dass die dafür erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Erhaltung der notwendigen Infrastruktur getroffen werden. Was die forstwirtschaftliche Nutzung (Wald) betrifft, ist die Agrargemeinschaft (vertreten durch den Substanzverwalter) verpflichtet, die Wiederaufforstung, die Jungwaldpflege, die Bewirtschaftung des Schutzwaldes außer Ertrag und die Erhaltung der forstlichen Bringungsanlagen zu tragen, wobei die Nutzungsberechtigten, die ihre Nutzungsrechte tatsächlich ausüben, im Nachhinein einen Bewirtschaftungsbeitrag für diese Aufwendungen leisten (§ 36h Abs. 3 lit. b TFLG 1996). Diese Sonderbestimmung gilt nur bei atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften (auch Teilwälder) (§ 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996).

Unter der Wiederaufforstung, die die Agrargemeinschaft (vertreten durch den Substanzverwalter) sicherzustellen hat, ist die künstliche Anlage von Baumbeständen mit dem Ziel der nachhaltigen Erhaltung von Wald zu verstehen. Auch die Ausdehnung des Waldes (Neuaufforstung) ist darunter zu subsumieren. Der Begriff Jungwald orientiert sich an der Definition des Jugendstadiums, wie in der Tiroler Waldtypisierung (s. Hotter, M., Simon, A., Vacik, H. et. Al. 2013: Waldtypisierung Tirol. Amt der Tiroler Landesregierung) beschrieben und umfasst die Bestandesentwicklungsstufen (Wuchsklassen) Jungwuchs bis Dickung. Alle Aufwendungen, die in den Wuchsklassen Jungwuchs und Dickung anfallen, sind durch die Agrargemeinschaft (vertreten durch den Substanzverwalter) zu tragen. Sobald Holzsortimente ab 7 cm Zopfstärke (Zopfstärke: Ist der Durchmesser am oberen dünneren Ende des zum Rundholz aufgearbeiteten Stammes) ausge-

formt werden können, endet die Wuchsklasse Dickung und der Bestand tritt in die Wuchsklasse Stangenholz ein. Rechtholz kann den Nutzungsberechtigten aus den Wuchsklassen Stangenholz, Baumholz und Altholz zugewiesen werden.

Im Teilwald sind die Waldverjüngung und Waldpflege vom jeweiligen Teilwaldberechtigten zu besorgen, daher beschränkt sich der Bewirtschaftungsbeitrag des Teilwaldberechtigten in atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften auf den Wegerhaltungsaufwand. Der Bewirtschaftungsbeitrag kann im Teilwald durch Eigenmeldungen der genutzten Rechtholzmengen ermittelt werden. Daraus ist die Verpflichtung des Teilwaldberechtigten abzuleiten, seine genutzte Rechtholzmenge bis zum 31. Dezember an den Substanzverwalter zu melden. Die vom Substanzverwalter gesammelten Daten über genutzte Rechtholzmengen im Teilwald werden an die Gemeindegutsagrargemeinschaft weitergegeben. Alle Aufzeichnungen der Walddatenbank gelten in allfälligen Strafverfahren als Beweismittel. In solchen Fällen ist der Waldaufseher für den Substanzverwalter der wichtigste Ansprechpartner.

Im unverteilter atypischer Gemeindegutswald gilt ein angemeldetes und nach positiver Sachbedarfsprüfung angewiesenes Rechtholz als bezogen und es ist nach Ablauf des Wirtschaftsjahres = Kalenderjahr ein Bewirtschaftungsbeitrag für diese Rechtholzmenge zu entrichten. Dies gilt auch in Fällen, wo auf die Nutzung des angewiesenen Rechtholzes verzichtet wird. Wird im verteilter atypischer Gemeindegutswald (Teilwald) ein Baum umgeschnitten, so gilt dieser als bezogen und es fällt der Bewirtschaftungsbeitrag an. Der Bewirtschaftungsbeitrag für 2014 wird erst im Wirtschaftsjahr 2015 verrechnet.

Rechtholz

Zum Rechtholz zählen sowohl Nutz- als auch Brennholz. Alles Holz, das nicht Brennholz ist, zählt als Nutz-

holz. Als Maßeinheit für das Rechtholz gilt der Erntefestmeter (= m³ Efm; Efm = Kubikmeter eingeschlagenes Holz abzüglich Rinden- und Holzernteverlust).

Sobald im Zuge der Waldpflege Derbholtzsortimente anfallen, können die Nutzungsberechtigten an den Holznutzungen beteiligt werden. Derbholz = die oberirdische Holzmasse von 7 cm Zopfstärke aufwärts in Rinde, das bei der Fällung am Stock bleibende Schaftholz zählt nicht dazu.

Holznutzungen, die nicht Eingang in den Hiebsatz eines Waldwirtschaftsplanes finden und somit kein Rechtholz im Sinne des historischen Haus- und Gutsbedarfes darstellen sind:

1. Astholz, welches aus dem Wald entfernt wird und hauptsächlich zur energetischen Biomasseenergiegewinnung verwendet wird (Hackschnitzelerzeugung);

2. Nutzungen, die im Schutzwald außer Ertrag getätigt werden.

Die oben genannten Holznutzungen, die nicht vom Hiebsatz erfasst werden, sind in der Tiroler Walddatenbank mengenmäßig zu erfassen, wodurch eine Abgrenzung zu den vom Hiebsatz erfassten Nutzungen eindeutig möglich ist. Die Menge des historischen Rechtholzanspruches der Nutzungsberechtigten wird durch diese Holznutzungen außerhalb des Hiebsatzes nicht erhöht. Dies gilt auch für den Ausnahmefall, dass aufgrund der guten Erreichbarkeit und Aufarbeitungsmöglichkeit, Losteile im Schutzwald außer Ertrag ausgezeichnet werden.

Zu 1: Äste, die bei der selbstständigen Fällung und Aufarbeitung von Bäumen durch den Nutzungsberechtigten anfallen, zählen zwar nicht zum Rechtholz, können aber vom Nutzungsberechtigten verwertet werden, wenn keine gravierenden waldökologische Bedenken gegen den damit einhergehenden Nährstoffentzug bestehen. Hier ist aber anzumerken, dass auf Schutzwaldstandorten mit schlechter Nährstoffversorgung, auf Böden die zur Verarmung neigen und wo die Astholznutzung die Wiederbewaldung gefährden würde, die Astholznutzung laut § 38 Forstgesetz 1975 gänzlich verboten ist. Darüber hinaus läuft man bei einer Astholznutzung immer Gefahr, den Tatbestand der Waldverwüstung nach § 16 Forstgesetz zu begehen. Die Zustimmung zur Astholznutzung eines Losteiles erteilt bei typischen Gemeindegutsagrargemeinschaften nach Anhörung der Bezirksforstinspektion der Obmann und bei atypischen der Substanzverwalter.

Zu 2: Schutzwälder (Standortschutzwälder, Objektschutzwälder) sind laut § 22 Abs. 1 Forstgesetz 1975 vom Eigentümer entsprechend den örtlichen Verhältnissen jeweils so zu behandeln, dass ihre Erhaltung als möglichst

stabiler, dem Standort entsprechender Bewuchs mit kräftigem innerem Gefüge bei rechtzeitiger Erneuerung gewährleistet ist. Eigentümer von Standortschutzwäldern sind zur Durchführung von Maßnahmen, wie in § 22 Abs. 1 Forstgesetz 1975 genannt, insoweit verpflichtet, als die Kosten dieser Maßnahmen aus den Erträgen von Fällungen in diesem Standortschutzwald gedeckt werden können. Daraus abgeleitet gilt für Agrargemeinschaften, dass der Agrargemeinschaft (vertreten durch den Substanzverwalter) sowohl alle Erträge als auch alle Pflichten für den Standortschutzwald übertragen sind. Wird ein Waldgebiet einer Agrargemeinschaft aufgrund von öffentlichem Interesse (Bannzweck) durch Bescheid in Bann gelegt, dann steht der Agrargemeinschaft (vertreten durch den Substanzverwalter) eine Entschädigung zu (§ 31 Forstgesetz 1975).

Der Bezug der Rechtholzmenge ist gedeckelt nach dem historischen Haus- und Gutsbedarf, nach dem jeweiligen Sachbedarf und nach der sich je nach Waldbestand und Waldbewirtschaftung ergebenden Holzmengen. Beim Bezug von Nutzholz besteht nur insoweit Anspruch auf bestimmte Sortiment und Stärken oder auf eine bestimmte Holzart, als dies für den konkreten Bedarf erforderlich ist. Wenn den Stammsitzliegenschaften nach dem historischen Haus- und Gutsbedarf eine höhere Rechtholzbezugsmenge zusteht als mit den laufenden Nutzungen erzielt werden kann, dann ist die vorhandene Rechtholzmenge aliquot aufzuteilen und es besteht kein Ersatzanspruch auf die verbleibende Restmenge. Dies gilt gleichermaßen für Nutzungsrechte auf Grundstücken im Sinne des § 33 Abs. 2 lit. c Z. 1 TFLG 1996 (typisches Gemeindegut) und § 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996 (atypisches Gemeindegut).

Aus den Holzerträgen des atypischen Gemeindegutswaldes sind zuerst die darauf lastenden Holzservitute und Holzbezugsverpflichtungen (lt. Grundbuch und Regulierungsplan) zu bedienen, danach wird das Rechtholz der Nutzungsberechtigten befriedigt und der verbleibende Rest des Holzertrages ist Überling.

Haus und Gutsbedarf

Die Ermittlung des Haus- und Gutsbedarfes im Sinne des TFLG 1996 folgt prinzipiell folgendem Berechnungsschema:

1. Wenn im Verzeichnis der Anteilsrechte oder im Regulierungsplan einer atypischen Agrargemeinschaft fixe Rechtholz mengen (Nutzholz, Brennholz) festgeschrieben wurden (z. B. 1 Anteil entspricht derzeit 1 fm), dann repräsentieren diese den Haus- und Gutsbedarf nach § 54 Abs. 1 TFLG 1996.

2. Wenn bei einer atypischen Agrargemeinschaft keine fixen Rechtholzmengen (Nutzholz, Brennholz) festgeschrieben wurden, dann wird die Bezugshöhe vom Hiebsatz zum Zeitpunkt der Anteilsrechtfestsetzung (Regulierung) abgeleitet.

3. Im § 54 Abs. 3 TFLG 1996 wird bei der Ermittlung des Haus- und Gutsbedarfes zwischen Nutz- und Brennholzbedarf unterschieden, weshalb die Rechtholzmenge der Nutzungsberechtigten in Nutz- und Brennholz zu unterteilen ist. Für die Ermittlung des Brenn- und Nutzholzverhältnisses wird der tatsächliche Holzeinschlag zum Zeitpunkt der Anteilsrechtfestsetzung (Regulierung) herangezogen. Jährliche Schwankungen des Brenn- und Nutzholzverhältnisses werden ausgeglichen, in dem eine 10- bis 20-jährige Waldwirtschaftsplanperiode zum Zeitpunkt der Regulierung als Berechnungsbasis für einen Durchschnittswert herangezogen wird.

4. Von der nach Punkt 2 und 3 ermittelten Brenn- und Nutzholzmenge werden die im Regulierungsplan eingetragenen Holzbezugsdienstbarkeiten (Lasten) abgezogen.

5. Die verbleibende Rechtholzmenge wird unter den Nutzungsberechtigten anteilmäßig aufgeteilt, indem zuerst der historische Rechtholzanspruch eines Anteiles mit Hilfe der historischen Anteilssumme ermittelt wird und danach mit den einzelnen aktuellen Anteilen (lt. Grundbuch) der Stammsitzliegenschaften multipliziert wird.

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Regulierungspläne und Datenquellen, sollte bei der Haus- und Gutsbedarfsermittlung über den Hiebsatz, mit dem forstfachlichen Sachverständigen der Abteilung Agrargemeinschaften Kontakt aufgenommen werden:

Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Putzhuber, Tel. +43/512508/3896, E-Mail: friedrich.putzhuber@tirol.gv.at

Sollte die endgültige Feststellung des Haus- und Gutsbedarfes bis zum Beginn der Rechtholznutzungen im Jahr 2015 noch nicht abgeschlossen sein, dann kann eine Übergangslösung mit einem bestmöglich bestimmten Haus- und Gutsbedarf vom Ausschuss beschlossen werden. Als Vorlage für diesen Ausschussbeschluss kann folgender Mustertext verwendet werden: *Entsprechend der höchstgerichtlichen Judikatur bestehen die land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrechte „nur im Umfang des historischen Haus- und Gutsbedarfes der berechtigten Liegenschaft“. Mangels exakter Feststellung dieses historischen Haus- und Gutsbedarfes wird dieser vorerst mit ... Efm Nutzholz und ... Efm Brennholz festgelegt. Abweichungen vom tatsächlichen Haus- und Gutsbedarf sind nach Vornahme von entsprechenden Ermittlungen in dem/den Folgejahr(en) auszugleichen.*

Im Hinblick auf den Umfang des historischen Haus- und Gutsbedarfes der anteilsberechtigten Stammsitzliegenschaften ist Folgendes anzumerken:

Der Haus- und Gutsbedarf stellt – je nach dem örtlichen Brauch der Nutzungsteilhabe – die Beziehung zwischen der berechtigten Liegenschaft und der Widmung als agrargemeinschaftliches Grundstück her. Die agrargemeinschaftlichen Grundstücke dienen dem Zweck, die Bedürfnisse von berechtigten Liegenschaften in einer agrarisch dominierten Wirtschaftsverfassung an Nutzholz, Brennholz und Weidemöglichkeiten zu unterstützen. In vielen Gemeinden bzw. sonstigen örtlichen Gemeinschaften reichten nämlich seit jeher die den berechtigten Liegenschaften eigentümlichen Flächen nicht aus, den – unregelmäßigen – Bedarf einer Liegenschaft an Holz für das Wohnhaus, für Türen und Fenster, für Balkone und für das Dach, für die Wirtschaftsgebäude, Ställe, Zäune, Schuppen, Almhütten, Brunnen und Wasserleitungen, an Brennholz für Küche und Heizung, an Weidemöglichkeiten für Heimweide, Waldweide und Almweide zu decken (Eberhard W. Lang, Tiroler Agrarrecht II, 1991, S. 245).

Mit anderen Worten folgt daraus, dass das Anteilsrecht an einer Agrargemeinschaft nicht den Zweck hat, den gesamten Haus- und Gutsbedarf einer Stammsitzliegenschaft abzudecken. Der Holzbedarf ist auch aus Eigenflächen bzw. Eigenmitteln zu bedienen.

Anmeldung Rechtholz, Bezugskonten der Nutzungsberechtigten und Sachbedarfsprüfung

Die einen konkreten Sachbedarf befriedigenden Rechtholzmengen sind jährlich von den Nutzungsberechtigten bis zu einem von Substanzverwalter und Agrargemeinschaftsausschuss fixierten Termin beim Agrargemeinschaftsobmann anzumelden. Die Rechtholzanmeldung hat entweder schriftlich durch die Nutzungsberechtigten zu erfolgen oder der Agrargemeinschaftsobmann zeichnet die Rechtholzanmeldungen schriftlich auf. Die vom Agrargemeinschaftsobmann gesammelten Rechtholzanmeldungen der Nutzungsberechtigten sind zum fixierten Termin dem Substanzverwalter zu übergeben.

Die angemeldete und nach positiver Sachbedarfsprüfung angewiesene Rechtholzmenge eines Nutzungsberechtigten gilt als bezogen und wird auf dem Bezugskonto des jeweiligen Nutzungsberechtigten eingetragen. Bei atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaften (§ 33 Abs. 2 lit. c Z. 2 TFLG 1996) obliegt die Führung der Bezugskonten dem Obmann im Einvernehmen mit dem Substanzverwalter und bei typischen Gemeindegutsagrargemeinschaften richtet es sich nach der jeweiligen Satzung.

Allfällige Nutzungsgenehmigungen für die angewiesene Rechtholzmenge muss der Substanzverwalter über einen Holzmeldungsantrag (Walddatenbank) beim Gemeindewaldaufseher einholen.

Alle unterjährigen Rechtholzbegehren von Seiten der Mitglieder können nur mit Zustimmung des Substanzverwalters genehmigt werden.

In den Bezugskonten ist eine Berichtigung des Holzabmaßes nach Stehendabmaß und nachfolgendem Liegend- oder Werksabmaß nicht erforderlich. Daraus ist abzuleiten, dass bei Selbstwerbung der Nutzungsberechtigten das Stehendabmaß der Bäume bindend ist und bei Gemeinschaftsnutzungen mit Rechtholz und Überling gilt das Liegend- bzw. Werksabmaß des Rundholzes.

Die Sachbedarfsprüfung der angemeldeten Rechtholz-mengen wird durch den Agrargemeinschaftsausschuss gemeinsam mit dem Substanzverwalter durchgeführt. Hat eine Agrargemeinschaft keinen Ausschuss, dann führen der Substanzverwalter und die Vollversammlung die Sachbedarfsprüfung durch.

Gemeinschaftsnutzungen

Damit der unwirtschaftliche Rechtholzbezug in Form von stehenden Losen nicht weiter ausgeweitet wird, als dies aus Forstschutzgründen sinnvoll erscheint, ist die Gemeinschaftsnutzung mit Rechtholz und Überling ohne Stehendabmaß weiterhin möglich. Eine gemeinsame Nutzung (= Rechtholz ohne Überling) von zugewiesenen Losteilen durch Bezugsberechtigte bleibt davon unberührt.

Im Fall von Gemeinschaftsnutzungen mit Rechtholz und Überling wird das angewiesene Rechtholz in den Bezugskonten verbucht und gegen Entschädigung der Erntekosten von den Berechtigten bezogen. Aufträge von solchen Gemeinschaftsnutzungen an Unternehmer und der Holzverkauf erfolgen durch den Substanzverwalter.

Vornutzungen (Durchforstungen)

Der Zeitpunkt, wo Derbholz aus dem Wald gewonnen werden kann, fällt mit dem Einwachsen des Jungwaldes in die Wuchsklasse Stangenholz und mit dem Beginn der Durchforstungstätigkeit zusammen. Durchforstungen sind typische Waldpflegemaßnahmen der Vornutzung, zu der alle Pflegeeingriffe zählen, die zu keiner Verjüngungseinkleitung führen. Demnach gilt z. B. die Lichtwuchsdurchforstung mit dem Ziel der Zuwachssteigerung als Vornutzung, während andererseits die Vorlichtung als Ansammlungsbegünstigung bereits einen Teil der Endnutzung darstellt. Schadholzbeseitigungen und Entrümpelungen in Altholzbeständen sind ebenfalls Vornutzungen, wenn keine verjüngungsfähige Fläche entsteht.

Der von den Nutzungsberechtigten zu tätige Vornutzungsanteil (Durchforstungen) ist nicht auf einen bestimmten Prozentsatz fixiert, deshalb wird die Vornutzungsanteil im Verhältnis Rechtholz zu Überling und Vornutzung zu Endnutzung den Bezugsberechtigten zugewiesen.

Wenn Nutzungsberechtigte auf ein zugeteiltes Vornutzungslos verzichten, fällt mangels Bedarf, das Holz dem Überling zu, und es ist dafür ein Bewirtschaftungsbeitrag zu entrichten. Da negative Deckungsbeiträge bei Durchforstungen durch Förderungen abgedeckt werden, führt ein Verzicht auf ein zugewiesenes Vornutzungslos durch den Nutzungsberechtigten zu keinen nennenswerten Aufwendungen, die aus dem Substanzkonto zu bedecken sind.

Schadholz

Bei Elementarereignissen (Katastrophen) oder bei Maßnahmen im Wald, die für den ordentlichen Betrieb der Waldwirtschaft notwendig sind, hat der Nutzungsberechtigte das Holz in dem Ausmaß, der Qualität und an der Örtlichkeit zu nehmen, wie er es angewiesen erhält. In der Regel werden Schadhölzer als Brennholzbezug angesehen, deshalb können Brennholzlose aus Schadhölzern bestehen. Die Aufarbeitung der Brennholzlose muss den Nutzungsberechtigten aber technisch zumutbar sein. Nur in besonderen Fällen (frisches Käferholz, frische Windwürfe ohne Bruchholz) kann im Einzelfall den Nutzungsberechtigten auch Nutzholz bei Schadholz zugewiesen werden. Bei allen größeren Schadholzereignissen ist aber jedenfalls ein Ausgleich zwischen Gemeinde und Nutzungsberechtigten herzustellen, in dem sich die Aufteilung zwischen beiden am Verhältnis der Rechtholzmenge zu der durchschnittlichen Überlingsholzmenge orientiert. Als größeres Schadholzereignis ist ein durchschnittlicher Jahreshiebsatz zu verstehen. Bei Agrargemeinschaften mit einem gültigen Waldwirtschaftsplan gilt dabei der ausgewiesene unbilanzierte Jahreshiebsatz der Waldwirtschaftsplanperiode als Grenze.

Vorausbezug Brennholz bei großem Schadholzfall (mehrjährige Hiebsatzmenge)

Ein Brennholzvorausbezug wird bei Elementarereignissen als Pflicht der Nutzungsberechtigten angesehen. Dabei wird als Obergrenze eine dreijährige Vorausbezugspflicht angenommen.

Bei Elementarereignissen, die den dreifachen Jahreshiebsatz übersteigen, wird vom Substanzverwalter und dem Agrargemeinschaftsausschuss eine neue Grenze der Vorausbezugspflicht ausverhandelt.

Ansparungen und Vorausbezüge

Brennholzansparungen sind grundsätzlich nicht möglich. Aus wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Gründen ist eine Zusammenfassung von geringen jährlichen Brennholzbezugsmengen (z. B. 1 Efm/Jahr Brennholzbezugsrecht) zu einer Nutzung, die eine wirtschaftliche Menge zusammenfasst (= eine LKW-Fuhre von bis zu 14 Efm), aber weiterhin zulässig. Die zusammengefasste Brennholzmenge kann wegen der notwendigen jährlichen Sachbedarfsprüfung aber nur rückwirkend und nicht im Voraus bezogen werden.

Nutzholzansparungen und Vorausbezüge gemäß Regulierungsplan sind in größerem zeitlichen Abstand weiterhin möglich, aber mit zeitlicher bzw. mengenmäßiger Deckelung (je Regulierungsplan z. B. 5, 10, 20 Jahre oder 40 Efm). Darüber hinausgehende Ansparungen bzw. Vorausbezüge sind nicht möglich. Nach Ablauf der Ansparungsgrenze laut Regulierungsplan verfällt nicht bezogenes Nutzholz zu Gunsten des Überlings. Das Zusammenfassen von Nutzholz auf eine wirtschaftliche Menge (= eine LKW-Fuhre von bis zu 14 Efm) ist zulässig, aber wie beim Brennholz, nur nach erfolgter jährlicher Anmeldung und positiver Sachbedarfsprüfung.

Solange im Regulierungsplan der jährliche Nutzholzbedarf nicht dezidiert angemeldet werden muss, wird bei einer Nichtanmeldung des Nutzholzes davon ausgegangen, dass der Nutzungsberechtigte sein Holz anspart (Ansparmöglichkeit und Grenze laut Regulierungsplan).

Wird bei der Sachbedarfsprüfung ein Teil des angemeldeten Nutzholzes einer Stammsitzliegenschaft nicht genehmigt, dann geht auch dieser Teil automatisch in die Ansparung, wenn diese im Regulierungsplan vorgesehen ist (Ansparmöglichkeit und Grenze laut Regulierungsplan).

Alle Ansparungen, die bei den Nutzungsberechtigten noch in den Holzbezugskonten aufscheinen, bleiben was die Ansparungsjahre (Ansparmöglichkeit laut Regulierungsplan) betrifft weiterhin bestehen, werden aber mit dem historischen Haus- und Gutsbedarf gedeckelt.

Jährlicher Nutzholzbedarfsbezug

Dort wo derzeit ein jährlicher Nutzholzbedarfsbezug reguliert ist oder nach alter Übung ein solcher besteht, kann bis zu einer Grenze von höchstens 3 Efm/Jahr ein laufender Nutzholzbezug erfolgen. Als Nachweis für den Sachbedarf sind die bezugsberechtigten Gebäude im wirtschaftsfähigen Zustand zu erhalten. Die Überprüfung des wirtschaftsfähigen Zustandes der Gebäude obliegt dem Ausschuss (mit Substanzverwalter) bzw. bei Fehlen eines

Ausschusses, dem Substanzverwalter und der Vollversammlung. Besteht ein über den jährlichen Nutzholzbedarfsbezug hinausgehender Nutzholzanspruch, dann kann bei Inanspruchnahme des jährlichen Nutzholzbedarfsbezuges, der darüber hinausgehende Nutzholzanspruch nicht angespart werden, sondern verfällt zu Gunsten des Überlings.

Eine Stammsitzliegenschaft kann den jährlichen Nutzholzbedarfsbezug pro Agrargemeinschaft nur einmal pro Jahr anmelden, dies gilt auch in Fällen wo mehrere Anteilsrechte auf einer Stammsitzliegenschaft vereinigt sind.

Zuständigkeiten der Waldaufseher

Der Waldaufseher ist als beeidetes Forstaufsichtsorgan die wichtigste forstliche Auskunft- und Ansprechperson für Substanzverwalter, Agrargemeinschaftsobmann und Nutzungsberechtigten. Der Waldaufseher hat auf Anfrage des Substanzverwalters und des Obmannes über alle ihm bekannten Sachverhalte über den agrargemeinschaftlichen Wald Auskunft zu geben. Ihm obliegen darüber hinaus die Führung der Walddatenbank, die Auszeige der bewilligten Fällungen und das Stehendabmaß bei Rechtholzbezug am Stock bzw. das Liegendabmaß bei Rechtholzbezug am Holzlager. Nicht bewilligungspflichtige Fällungen werden durch den Waldaufseher nur ausgezeigt, wenn der Substanzverwalter das wünscht und ihm schriftlich einen Auftrag dazu erteilt.

Waldwirtschaftsplan - Hiebsatz

Die im Waldwirtschaftsplan vorgesehenen Nutzungsvorschläge sind einzuhalten. Die für die einzelnen Betriebsklassen festgesetzten Hiebsätze getrennt für Vor- und Endnutzung sind bindend und ausschließlich in diesen zu nutzen.

Alle durch den Substanzverwalter geplanten Überlingsnutzungen, die die Bedeckung der jährlichen Rechtholzmenge der Mitglieder gefährden würde (z. B. größere Investition der Gemeinde), bedürfen der Zustimmung des Agrargemeinschaftsausschusses.

Liegt bei einer atypischen Gemeindegutsagrargemeinschaft eine negativ bilanzierte Hiebsatzeinheit vor, dann kann solange keine weitere Nutzung (ausgenommen Schadholznutzung) aus dieser Hiebsatzeinheit erfolgen, bis der bilanzierte Hiebsatz wieder ausgeglichen ist. Waldbaulich sinnvolle Nutzungen oder forsthygienisch notwendige Nutzungen können bei Vorliegen eines negativ bilanzierten Hiebsatzes nur mit Zustimmung der Bezirksforstinspektion erfolgen, eine Auszeige durch ein Forstorgan ist in diesem Fall allerdings Voraussetzung.

Vermarktung des Rundholzes

Für eine professionellere und objektivere Holznutzung und Vermarktung des Rundholzes wurde in der Walddatenbank eine Plattform Forst-Holz-Tirol eingerichtet (<https://www.tirol.gv.at/umwelt/wald/wirtschaft/holzmarkt/plattform-fht/>). Die Plattform Forst-Holz-Tirol ist eine Initiative des Tiroler Forstdienstes gemeinsam mit der Landeslandwirtschaftskammer Tirol und Partnern aus der Industrie, Handel und Schlägerung zur Ausschreibung von Holznutzung und Holzverkauf. Die Waldaufseher in Tirol erfassen in der Walddatenbank alle meldepflichtigen Holznutzungen. Auf Wunsch des Substanzverwalters bzw. der Mitglieder können die Holznutzungen vom Waldaufseher am Markt ausgeschrieben werden. Der Vorteil für alle

Beteiligten an Agrargemeinschaften (Substanzverwalter, Gemeinde, Obmann, Waldaufseher, Mitglieder) wäre die objektivere und nachvollziehbarere Abwicklung der Holznutzung und Vermarktung.

*DI Dr. Friedrich Putzhuber
Abteilung Agrargemeinschaften*

Bei etwaigen Fragen und für nähere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Putzhuber, forstfachlicher Sachverständiger, Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Agrargemeinschaften, Heiliggeiststraße 7–9, 6020 Innsbruck, Österreich, Tel. +43/512/508-3896, Fax +43/512/508-743885, E-Mail: agrargemeinschaften@tirol.gv.at

24.

Formblatt zum Verbot einer Datenverwendung, datenschutzrechtliche Beurteilung

In jüngster Vergangenheit haben mehrere Landesdienststellen, aber auch Gemeinden, ein standardisiertes Formblatt eines unbekanntem Erstellers erhalten, mit dem eine bestimmte Person ein „*Verbot zu Datenverwendung, Datenverwertung gegen Entgelt, zu ungenehmigten Datenübermittlungen, zu Datenmissbrauch und Datennutzung ohne Genehmigung des hier erklärend Unterzeichnenden*“ ausspricht. Da ein Ende dieser Entwicklung nicht absehbar ist, soll die datenschutzrechtliche Beurteilung dieses Formblattes den Gemeinden Tirols zur Kenntnis gebracht werden.

Vorab ist festzuhalten, dass viele der dort verwendeten Ausdrücke dem schweizer bzw. deutschen Datenschutzrecht entnommen sind. So gibt es beispielsweise in Österreich kein „*Landesmeldegesetz*“ und auch keine Regelungen über „*Melderegisterauskünfte über das Internet*“.

Zulässigkeit der Datenverwendung

Ausgangspunkt einer Prüfung der Zulässigkeit einer Datenverarbeitung ist der § 7 Abs. 1 des Datenschutzgesetzes 2000 (DSG 2000), wonach Daten nur dann verarbeitet werden dürfen, soweit Zweck und Inhalt der Datenanwendung von den gesetzlichen Zuständigkeiten oder rechtlichen Befugnissen des jeweiligen Auftraggebers gedeckt sind und die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen nicht verletzt werden. In der Hoheitsverwaltung ergibt sich die gesetzliche Zuständigkeit aus den Bundes- und Landesgesetzen, in der Privatwirtschaftsverwaltung unmittelbar aus der Tiroler Gemeinde-

ordnung 2001 oder regelmäßig auch aus den organisationsrechtlichen Zuständigkeitsregelungen, etwa aus der Geschäftseinteilung des Gemeindeamtes. Von vornherein besteht kein Anlass, an der datenschutzkonformen Verwendung von Daten durch die Gemeinden zu zweifeln, zumal in der Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zur Führung von Datenanwendungen vorhanden sind.

Einem Betroffenen stehen nach dem DSG 2000 das Recht auf Auskunft, auf Richtigstellung und Löschung sowie auf Widerspruch zu. In der Folge soll beurteilt werden, ob das allgemein gehaltene Formblatt zur Ausübung eines dieser Rechte geeignet ist.

Antrag auf Auskunft nach § 26 DSG 2000

Nach dieser Bestimmung hat jeder, der personenbezogene Daten verwendet, unter bestimmten Umständen Auskunft über die verarbeiteten Daten an jene Personen zu geben, welche sie betreffen. Ungeachtet der erforderlichen Formvorschriften (Identitätsnachweis) ist ein solches Auskunftsbegehren auch inhaltlich, nach dem Wortlaut und dem Verständnis der Erklärung aus objektiver Sicht zu prüfen (*Jahnel*, Datenschutzrecht, S. 369).

Weder aus dem Wortlaut des Formblattes, noch aus dem Gesamtzusammenhang kann ein Begehren im Sinn des § 26 DSG 2000 abgeleitet werden. Auch die darin ständig sich wiederholenden Verbote lassen einen Interpretationsspielraum zugunsten eines Auskunftsbegehrens nicht zu.

Antrag auf Richtigstellung oder Löschung nach 27 DSG 2000

Nach dieser Gesetzesstelle hat jeder datenschutzrechtliche Auftraggeber unrichtige oder entgegen dem DSG 2000 verarbeitete Daten richtigzustellen oder zu löschen, und zwar aus eigenem, sobald ihm die Unrichtigkeit von Daten oder die Unzulässigkeit ihrer Verarbeitung bekannt geworden ist, oder auf begründeten Antrag des Betroffenen.

Auch hier kann weder aus dem Wortlaut des Formblattes, noch aus dem Gesamtzusammenhang ein Begehren im Sinn des § 27 DSG 2000 abgeleitet werden. Es fehlt ein konkreter Antrag auf Richtigstellung oder Löschung und jede Glaubhaftmachung, dass einer der im § 27 Abs. 1 DSG 2000 genannte Gründe, also die Unrichtigkeit der Daten oder die Unzulässigkeit der Datenverarbeitung, vorläge.

Widerspruchsbegehren nach § 28 DSG 2000

Der Betroffene hat ein Widerspruchsbegehren an den Auftraggeber zu richten, in dem er die Datensätze benennen muss, gegen deren Weiterverwendung er sich ausspricht. Es steht ihm dabei auch offen, auch nur die Löschung eines bestimmten Teils der vom Auftraggeber verarbeiteten Daten zu seiner Person zu verlangen.

Der Betroffene hat also entweder auszuführen, worin die in seiner Person gelegenen, besonderen schutzwürdigen Interessen bestehen, die über die sonst maßgeblichen Geheimhaltungsinteressen hinausgehen (Abs. 1), oder aber die weitere Verwendung seiner Daten im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Datenanwendung zu untersagen (sofern diese überhaupt dort enthalten sind) und deren Löschung zu verlangen (Abs. 2). **Keine dieser Voraussetzungen liegen im Formblatt vor.**

Für die Verwendung und für die Aufnahme von Daten in eine Datenbank einer Gemeinde wird wohl in aller Regel eine rechtliche Grundlage bestehen, sodass sich die Verbotstatbestände im Formblatt als untauglich für die Ausübung des Widerspruchsrechts erweisen, sofern sie überhaupt als Widerspruch gewertet werden können.

Anspruchsgrundlagen für eine Schadenersatzforderung nach dem DSG 2000

Im Formblatt werden auch Schadenersatzforderungen angesprochen. Der § 33 DSG 2000 enthält die Anspruchsgrundlagen für eine Schadenersatzforderung. Der Auftraggeber haftet gegenüber dem Betroffenen nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, wenn er ihm schuldhaft und rechtswidrig durch Verwendung von Daten Schaden zugefügt hat. Da für sämtliche Aufgaben einer Gemeinde rechtliche Grundlagen bestehen, muss auf schadenersatzrechtliche Fragen nicht näher eingegangen werden.

Zusammenfassung

Im Ergebnis erweist sich der Inhalt des Formblattes als konfus, unstrukturiert nicht auf das österreichische Datenschutzrecht abgestimmt und führt unter einer datenschutzrechtlichen Beurteilung zu keinem vernünftigen Ergebnis.

Auch wenn im (Vor-)Verfahren im Rahmen der Rechte des Betroffenen nach den §§ 26 bis 28 DSG 2000 das AVG keine Anwendung findet, bietet sich doch die Analogie zu § 13 Abs. 6 AVG an, wonach die Behörde nicht verpflichtet ist, Anbringen, die sich auf keine bestimmte Angelegenheit beziehen, in Behandlung zu nehmen. Eine Kontaktaufnahme mit dem Einbringer des Formblattes wird daher mit guten Argumenten als nicht erforderlich erachtet.

*Dr. Gerhard Brandmayr
Sachgebiet Verwaltungsentwicklung*

25.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juni 2015

Ertragsanteile an	Juni		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	-2.122.634	-1.988.476	134.159	6,32
Lohnsteuer	19.085.952	19.528.461	442.510	2,32
Kapitalertragsteuer	621.491	920.584	299.093	48,13
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	499.910	882.524	382.614	76,54
Körperschaftsteuer	-831.928	-966.980	-135.052	-16,23
Abgeltungssteuern Schweiz	266.021	450	-265.571	-99,83
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	71.991	71.991	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	4.737	3.198	-1.538	-32,48
Stiftungseingangssteuer	-2.742	49.368	52.110	1900,57
Bodenwertabgabe	-2.790	1.752	4.541	162,78
Stabilitätsabgabe	387.283	175.781	-211.502	-54,61
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	17.905.299	18.678.655	773.355	4,32
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	17.258.260	17.556.231	297.970	1,73
Abgabe von alkoholischen Getränken	10	12	3	29,75
Tabaksteuer	1.014.028	1.425.156	411.128	40,54
Biersteuer	57.084	64.114	7.030	12,32
Mineralölsteuer	2.008.636	2.029.126	20.490	1,02
Alkoholsteuer	556.395	62.729	-493.665	-88,73
Schaumweinsteuer	1.010	12.476	11.466	1135,30
Kapitalverkehrssteuern	89.101	27.728	-61.373	-68,88
Werbeabgabe	253.946	100.503	-153.443	-60,42
Energieabgabe	724.874	1.552.395	827.520	114,16
Normverbrauchsabgabe	402.518	282.983	-119.535	-29,70
Flugabgabe	70.787	72.982	2.195	3,10
Grunderwerbsteuer	6.628.331	9.262.306	2.633.975	39,74
Versicherungssteuer	786.117	819.601	33.484	4,26
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.311.935	1.584.467	272.531	20,77
KFZ-Steuer	-4.281	-2.839	1.442	33,68
Konzessionsabgabe	176.675	148.809	-27.866	-15,77
rechnungsmäßig Ertragsanteile	31.335.426	34.998.780	3.663.354	11,69
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	30.456.342	34.119.697	3.663.354	12,03
Kunstförderungsbeitrag	42.999	43.318	319	0,74
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	48.404.641	52.841.669	4.437.028	9,17
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.631.374	4.783.526	152.151	3,29
Werbesteuerausgleich	40.719	16.089	-24.630	-60,49
Werbeabgabe nach der Volkszahl	213.227	84.414	-128.813	-60,41
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

26.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2015

Ertragsanteile an	Jänner - Juni		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN				
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	12.081.620	12.330.761	249.141	2,06
Lohnsteuer	120.779.227	125.941.876	5.162.649	4,27
Kapitalertragsteuer	5.464.189	8.995.096	3.530.907	64,62
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.492.776	4.047.687	554.911	15,89
Körperschaftsteuer	25.700.453	26.809.301	1.108.848	4,31
Abgeltungssteuern Schweiz	686.410	635	-685.776	-99,91
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	77.925	77.925	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	93.331	22.441	-70.890	-75,96
Stiftungseingangssteuer	29.765	585.849	556.084	1868,22
Bodenwertabgabe	254.447	275.686	21.239	8,35
Stabilitätsabgabe	2.003.595	1.424.322	-579.274	-28,91
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	170.585.813	180.511.579	9.925.766	5,82
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	119.618.317	121.746.662	2.128.344	1,78
Abgabe von alkoholischen Getränken	127	195	69	54,25
Tabaksteuer	7.909.916	8.182.708	272.791	3,45
Biersteuer	773.533	764.655	-8.879	-1,15
Mineralölsteuer	17.886.825	18.039.207	152.382	0,85
Alkoholsteuer	1.267.474	500.283	-767.191	-60,53
Schaumweinsteuer	5.538	92.139	86.601	1563,75
Kapitalverkehrsteuern	579.198	292.995	-286.204	-49,41
Werbeabgabe	1.963.473	1.965.358	1.885	0,10
Energieabgabe	4.521.808	4.517.670	-4.138	-0,09
Normverbrauchsabgabe	2.074.809	1.710.016	-364.793	-17,58
Flugabgabe	444.270	466.709	22.438	5,05
Grunderwerbsteuer	43.723.522	48.377.060	4.653.538	10,64
Versicherungssteuer	5.519.687	5.768.236	248.549	4,50
Motorbezogene Versicherungssteuer	7.662.029	9.004.424	1.342.395	17,52
KFZ-Steuer	194.878	169.177	-25.701	-13,19
Konzessionsabgabe	1.155.490	1.260.488	104.998	9,09
rechnungsmäßig Ertragsanteile	215.300.895	222.857.980	7.557.085	3,51
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	5.274.500	5.274.500	0	0,00
Summe sonstige Steuern	210.026.395	217.583.480	7.557.085	3,60
Kunstförderungsbeitrag	84.708	85.382	674	0,80
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	380.696.916	398.180.442	17.483.525	4,59
Zwischenabrechnung	1.148.232	-1.970.055	-3.118.287	-271,57
Ertragsanteile gesamt	381.845.148	396.210.387	14.365.238	3,76
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	32.201.600	32.890.809	689.209	2,14
Getränkesteuerausgleich ZWA	118.400	546.530	428.130	361,60
Summe Getränketeuerausgleich	32.320.000	33.437.339	1.117.339	3,46
Werbesteuerausgleich	314.833	314.626	-206	-0,07
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.648.641	1.650.732	2.091	0,13
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.505.010	1.505.010	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR APRIL 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	März 2015 (endgültig)	April 2015 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	110,7	110,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,2	121,3
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	134,1	134,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	141,0	141,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	184,4	184,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	286,7	287,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	503,1	503,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	641,1	641,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	643,2	643,7

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat April 2015 beträgt 110,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für März 2015 um 0,1% gestiegen (März 2015 gegenüber Februar 2015: + 1,2%). Gegenüber April 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (März 2015/2014: +1,0%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck